

### **1 a) Welche energiepolitischen Vorstellungen hat Ihre, um Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Energiewende zu gewährleisten?**

Die staatlich verordnete Beendigung der Braunkohleverstromung führt zu Milliardenentschädigungen für Konzerne auf Kosten der Steuerzahler und lässt gar befürchten, dass Importe von Kohlestrom aus dem Ausland notwendig werden. Wir wollen stattdessen die Gesetze von Angebot und Nachfrage für den Klimaschutz nutzen und setzen auf die marktwirtschaftliche Lösung des bereits funktionierenden europäischen Emissionshandels. Der Ausstoß von Treibhausgas wird damit als erstes an der Stelle eingespart, wo dies am preisgünstigsten ist. Gleichzeitig wird durch einen Deckel, der sich an den Reduktionspfad orientiert, zu dem sich Deutschland verpflichtet hat, sichergestellt, dass die jährlichen Reduktionsziele auch erreicht werden. So entsteht zudem ein Anreiz zur Entwicklung neuer Technologien und für Geschäftsmodelle mit negativen Emissionen.

### **1 b) Für welche konkreten Maßnahmen im Land wie im Bund würde sich Ihre Partei in der künftigen Landesregierung verwenden, um den Netzausbau speziell in der Hochspannung deutlich zu beschleunigen?**

Da es sich um länderübergreifende Projekte handelt, sind die Zuständigkeiten des Landes begrenzt. Allerdings sind auch Landesbehörden ihren Teil der Genehmigungsprozesse so sauber und schnell wie möglich beizutragen. Generell werben die Freien Demokraten dafür, die Planungs- und Genehmigungsverfahren für wichtige Infrastrukturprojekte deutlich zu beschleunigen. Die Landesregierung muss ihre durchaus bestehenden Einflussmöglichkeiten entschiedener nutzen. Die wesentlichen Elemente einer Reform wären aus unserer Sicht: 1. Eine möglichst frühe Bürgerbeteiligung, 2. Die vollständige Digitalisierung und Bündelung der Verfahren, um Doppelprüfungen zu vermeiden, 3. Die Wiedereinführung der Präklusion und eine frühzeitige Mitwirkungspflicht von Verbänden, die ihre Klageberechtigung geltend machen wollen, sowie deren Beschränkung auf ihre einschlägige Expertise und 5. Entsprechende personelle Ressourcen in Genehmigungsbehörden und Gerichten.

### **1 c) Wie wollen Sie die Akzeptanz der Energiewende in Sachsen-Anhalt erhöhen? Welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe an der Energiewende stellen Sie sich vor? Welche Möglichkeiten zur Senkung der bedingten Belastungen der Netznutzer in Sachsen-Anhalt sehen Sie?**

Wir plädieren für die Einführung der 10H-Regelung für Windkraftanlagen, damit diese mit wachsender Höhe optisch nicht noch weiter an die Wohnbebauung heranrücken. Die Akzeptanzprobleme rühren unserer Überzeugung nach daher, dass die staatlich garantierten Einnahmen häufig in andere Länder fließen. Die privilegierten „Bürgerwindparks“ erweisen sich diesbezüglich noch immer als Etikettenschwindel. Eine Beteiligung der Bürger vor Ort an den Einnahmen, könnte helfen, die Akzeptanz zu steigern – dies war den Investoren übrigens schon immer unbenommen. Vieles spricht zudem dafür, dass Deutschland auch weiterhin einen großen Teil seines Energiebedarfs importieren wird. Die Einspeisung von Energieträgern, die in klimatisch günstigeren Erdregionen etwa in Power2Gas-Verfahren aus erneuerbar gewonnen wurden, kann

diesbezüglich zu beiderseitigen Vorteilen führen. Und auch in Deutschland oder Off-shore bei niedrigem Strombedarf gewonnener Wasserstoff, kann dafür sorgen, dass die Zahl der Energieerzeugungsanlagen an Land nicht auf Spitzenlasten ausgelegt werden muss.

Die Behauptung, dass die Energiewende so viel wie eine Kugel Eis kosten werde - und ähnliche Behauptungen - haben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ganz sicher nicht gestärkt. Die Umstellung auf erneuerbare Energien wird auf absehbare Zeit nicht zum Nulltarif zu haben sein, gerade deswegen sollten die Belastungen durch marktwirtschaftliche Anreize wie einen marktbasierten CO<sub>2</sub>-Preis so niedrig wie möglich gehalten werden. Die vielen Fehlanreize des EEG mit seinen Subventionen auf Kosten von Stromkunden und Steuerzahlern sollten hingegen beendet werden.

**1 d) Welche Vorstellungen haben Sie, um langfristig die Wirtschaftlichkeit der Gasverteilnetze bzw. neuer Ortserschließungen in der Fläche zu erhalten?**

Es wäre ökonomisch und auch ökologisch unsinnig, dass Potenzial des dichten Gasverteilnetz Deutschlands für den Übergang zur Wasserstoffwirtschaft ungenutzt zu lassen. Die Wirtschaftlichkeit des Netzerhalts und -ausbaus ergibt sich freilich mit der Nutzung. Eine Benachteiligung von Power2x etwa bei REDII auch in Form einer Beschränkung auf bestimmte Anwendungen sollte deshalb unbedingt vermieden werden. Wir sind zudem offen gegenüber Vorschlägen, Investitionen in die Umstellung des Verteilnetzes auf Wasserstoff und Biomethan, über Institutionen wie die KfW zu unterstützen.

**2 a) Wird sich Ihre Partei für bessere Rahmenbedingungen zur Finanzierung von Netzinvestitionen einsetzen und wenn ja, wie?**

Wir Freie Demokraten sind für einen wirtschaftlich tragfähigen Netzausbau, der die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aber auch der Unternehmen an hoher Versorgungssicherheit und niedrigen Strompreisen in einem europäischen Strombinnenmarkt fördert. Das jetzige System der Netzfinanzierung muss reformiert werden, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen endlich entlastet werden. Auch beim Netzausbau sind die Belastungen auf das unvermeidbare Maß zu reduzieren. So wollen wir die Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel bei der Netzumlage entlasten. Dazu sollen die Betreiber von Erzeugungsanlagen die Kosten für den Netzanschluss (zumindest teilweise) tragen.

**2 b) Wie ist Ihre Position zur Weiterentwicklung der Eigenkapitalverzinsung für Netzinvestitionen? Werden Sie sich für eine Anpassung des Regulierungsrahmens einsetzen?**

Die notwendigen Investitionen in die Netze müssen sich für die Investoren selbstverständlich auch lohnen. Daher muss der Regulierungsrahmen was Planungsbeschleunigung, Bürokratieabbau und Vergütung angeht so gesetzt werden, dass der Netzausbau tatsächlich vorangeht.

**2 c) Verwenden Sie sich beim Redispatch für eine Bewertung der Engpassmanagementkosten (EPMK) als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten (dnbk) und für eine rechtzeitige Anpassung der Anreizregulierungsverordnung (ARegV). Die aktuelle Regelung läuft im September 2021 aus.**

Unser Ziel ist es, die Kosten für das Netzengpassmanagement insgesamt zu begrenzen. Wir erkennen an, dass die Kosten zur Behebung von Netzengpässen nicht vollständig durch den jeweiligen Netzbetreiber beeinflussbar sind. Ein mögliches Anreizsystem sollte dies angemessen berücksichtigen. Das Bundeswirtschaftsministerium sollte dazu rechtzeitig vor dem Auslaufen der aktuellen Regelung einen konkreten Vorschlag vorlegen.

**2 d) Wie ist Ihre Position zur Verlängerung der Übergangsregelung nach § 34 Abs. 5 ARegV (Übergangssockel) über die 3. Regulierungsperiode hinaus?**

Die 3. Regulierungsperiode endet im Gasbereich 2022 und im Strombereich 2023. Wir erwarten rechtzeitig vor dem Ende der Regulierungsperiode mit Ergebnissen aus dem Branchendialog des Bundeswirtschaftsministeriums mit den Netzbetreibern, die wir dann prüfen werden.

**3 a) Wie beurteilen Sie im Rahmen der geplanten Wasserstoffstrategie des Landes Sachsen-Anhalt die Rolle der VNB? Befürworten Sie die regulatorische Anerkennung und Förderung bei der Beimischung von Wasserstoff in bestehende Gasnetze?**

Wir wollen Wasserstoff zum Öl des 21. Jahrhunderts machen.

Die Verteilnetzbetreiber müssen bei der Wasserstoffstrategie eine zentrale Rolle einnehmen. Die Klimaneutralität grünen Wasserstoffs muss dabei regulatorisch voll anerkannt werden. Die Infrastruktur für Wasserstoff muss grundsätzlich gleichberechtigt – etwa im Vergleich zur Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge – ausgebaut werden.

**b) Wie stehen Sie zur Einführung von Mindestanteilen von Wasserstoff in Erdgasausschreibungen?**

Beimischungspflichten und Mindestanteilen stehen wir wo sie sinnvoll sind grundsätzlich offen gegenüber, sie sollten sorgfältig geprüft werden.

**c) Wie sehen Sie die Rolle der Verteilnetzbetreiber beim Roll-out der Elektromobilität und wie wollen Sie diese politisch fördern?**

Die Verteilnetze spielen eine entscheidende Rolle bei der Energiewende. Steigende Zielvorgaben bei der Einbindung erneuerbarer Energien in den Energiemarkt und die dadurch steigende Volatilität und Dezentralität im Strombereich einerseits sowie die potentiell lokal stärkere Volatilität der Nachfrage durch Elektromobilität und Schnelladestationen verlangen eine Überprüfung der Netze, vor allem der Verteilnetze, auf ihre Zukunftstauglichkeit. Speicher und die zeitliche Flexibilisierung von Last und Erzeugung können dabei einen erheblichen Beitrag zur besseren Auslastung bestehender Netze leisten.

Derzeit finden diese technischen Alternativen aufgrund einer veralteten Netzregulatorik jedoch kaum Anwendung. Ökonomische Anreize für Effizienzmaßnahmen sind außerhalb des klassischen Netzausbaus nicht vorgesehen. Das wollen wir ändern.

Daneben wollen wir die Sektorkopplung weiter vorantreiben, um eine möglichst effiziente Energienutzung zu gewährleisten.

**d) Wie stehen Sie zu den Herausforderungen der VNB in Bezug auf Digitalisierung vor dem Hintergrund der Bedeutung von Steuerbarkeit, Sicherheit und optimiertem Netzausbau?**

Für das bestehende Angebot an erneuerbaren Energien müssen Netzengpässe vor allem durch neue Leitungen und verbesserte Technologien (zum Beispiel Digitalisierung) beseitigt werden. Auch die Digitalisierung im Energiemarkt muss mit marktwirtschaftlichen Prinzipien statt staatlichem Zwang vorangetrieben werden. Intelligente Stromzähler sind derzeit Voraussetzung für lastabhängige Stromtarife. Sie helfen, Angebot und Nachfrage besser zu steuern, und ermöglichen zugleich Kosteneinsparungen bei den Kunden. Die Verteilnetzbetreiber sind

Nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Nur in neuen Technologien, die am Markt bestehen, stecken wirtschaftliche Chancen und neue Beschäftigungsfelder. Und auch Möglichkeiten für eine sichere Energieversorgung, eine effizientere Energienutzung und für reduzierte Treibhausgasemissionen.

Magdeburg, 05.03.2021